

Ä54 Ergänzung zur Wahlordnung

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 15.04.2021

Änderungsantrag zu WO-1

In Zeile 46:

~~(3) Stimmzettel sind ungültig, wenn:~~ (3) Abstimmungsbriefe werden zurückgewiesen, wenn:

In Zeile 50:

- sich Stimmzettel und eidesstattliche Erklärung ~~in~~ in nur einem gemeinsamen Umschlag befinden

Zurückgewiesene Abstimmungsbriefe gelte nals nicht eingegangen.

(4) Stimmzettel sind ungültig, wenn:

Von Zeile 54 bis 59:

~~(4)(5)~~ Stimmen für einzelne Listenplätze sind ungültig, wenn der Wähler*innenwille nicht eindeutig erkennbar ist. ~~(5)(6)~~ Nicht abgegebene Stimmen für einzelne Listenplätze werden als Enthaltung gewertet. Ein Stimmzettel ohne Kennzeichnung wird als Enthaltung für jeden Listenplatz gewertet. ~~(6)(7)~~ Gewählt ist, wer mehr als 50 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erreicht ein*e Kandidat*in nicht die erforderliche Mehrheit, bleibt der für sie in der Vorschlagsliste vorgesehene Platz unbesetzt und die nachfolgenden Plätze rücken entsprechend auf. ~~(7)(8)~~ Die Briefabstimmung ist gültig, wenn ein Drittel der ausgegebenen Wahlbriefe fristgerecht eingegangen sind. ~~(8)(9)~~ Das Ergebnis der Briefwahl ist nach Abschluss der Auszählung unverzüglich zu veröffentlichen.

Ä1 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 1 einfügen:

Die Klimakrise ist und bleibt die größte Bedrohung unserer Zeit und steht im Mittelpunkt unserer Politik. Dank der weltweiten Klimabewegung, allen voran Fridays for Future, ist die Klimakrise mittlerweile auch im öffentlichen Diskurs zur entscheidenden politischen Frage geworden, die alle Generationen betrifft und beschäftigt. Zwar hat die Corona-Pandemie die Klimabewegung seit Anfang 2020 medial ausgebremst, doch wir wissen alle nur zu gut: Die Klimakrise wartet nicht. Deswegen wollen wir in Brandenburg den erfolgreichsten Bundestagswahlkampf machen, den wir je hatten! Denn die Klimakrise stoppen wir nicht aus der Opposition heraus. In der kommenden Bundesregierung wollen wir Klimaschutz ressortübergreifend zum Schwerpunkt des Regierungshandelns machen. Im Dialog mit Expert*innen wollen wir die ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen verwirklichen, die unabdingbar, aber bisher verschlafen und verhindert worden sind.

Begründung

Die Klimaschutzmaßnahmen sind nicht zum Selbstzweck ambitioniert. Um die Klimaziele zu erreichen, sind ungekannte Anstrengungen nötig. Das wollen wir nicht, um uns selbst zu quälen, sondern weil das die Schritte sind, die **absolut notwendig** sind, um die Erde lebenswert zu erhalten! Ansonsten sind "die ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen" nicht näher definiert / erklärt. Jede*r könnte sich aussuchen, was sie darunter versteht.

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Dale Nows (KV Potsdam); Antonius Naumann (KV Potsdam); Antonia Baumgarten (KV Potsdam); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Hanna Große Holtrup; Isabell Knepper (KV Potsdam); Tammo Westphal (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming)

Ä2 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:

Unser Ziel ist es, dass zwei Drittel aller Wege in Brandenburg zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden (können). Hierfür wollen wir den Anteil des Umweltverbunds bis 2035 verdoppeln und setzen uns für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik ein: ÖPNV und Rad- und Fußverkehr sind vorrangig zu betrachten - und nicht mehr, wie bisher, der motorisierte Individualverkehr. Tempo-30-Zonen wollen wir nicht nur dort ermöglichen, wo die Gefahrenlage dies erfordert, sondern dort, wo die Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden sich dies wünschen. Damit schaffen wir mehr Lebensqualität für alle! Planungen dürfen nicht mehr ausschließlich aus der Perspektive von Autofahrern gemacht werden, sondern müssen endlich aus der Perspektive der Radfahrenden und Fußgänger*innen stattfinden. Klimagerechte Mobilität soll grundsätzlich Vorrang haben. Deswegen setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass die i2030-Projekte dieses Jahr weiter konkretisiert und weitere Umsetzungen beschlossen werden. Vorrang für den ÖPNV gilt auch konkret im Straßenverkehr. Daher wollen wir, dass an allen Knotenpunkten mit Lichtsignalanlagen in Brandenburgs Städten und Gemeinden sukzessive eine ÖPNV-Bevorrechtigung umgesetzt wird.

Begründung

Es kann nicht sein, dass Tempo-30 Zonen abgelehnt werden, weil noch nicht genügend Menschen dort verunglückt oder gestorben sind. Es kann nicht sein, dass die Bedürfnisse der Autofahrer*innen über Gesundheits- und Lärmschutz der Anwohner*innen steht.

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Dale Nows (KV Potsdam); Antonius Naumann (KV Potsdam); Tammo Westphal (KV Potsdam); Antonia Baumgarten (KV Potsdam); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam); Isabell Knepper (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming)

Ä4 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 20 einfügen:

Wir müssen unsere Städte auf die verändernden klimatischen Bedingungen vorbereiten und anpassen. Daher fordern wir ein Modellprojekt Hitzeaktionsplan zur klimagerechten Gestaltung von Städten. Beispielsweise können Bäume, Fassadenbegrünungen, Gründächer, Wasserflächen und Ähnliches als natürliche Klimaanlage wirken. Wir wollen zusätzliche klimagerechte Modellprojekte initiieren.

Begründung

Bäume können das Mikroklima lokal entscheidend beeinflussen. Sie stellen nicht nur frischen Sauerstoff zur Verfügung, sie regulieren auch die Luftfeuchtigkeit, kühlen durch Verdunstung, beschatten, filtern Feinstaub und Lärm und sind von hohem ökologischen Wert - insbesondere auch in Städten und Gemeinden. Wir sollten sie hier nicht vergessen.

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Dale Nows (KV Potsdam); Antonia Baumgarten (KV Potsdam); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam); Isabell Knepper (KV Potsdam); Tammo Westphal (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Josepha Albrecht (KV Barnim)

Ä5 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 47:

~~Die~~ Klimaziele **im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen** können wir nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Bundesregierung erreichen! Das ist heute klarer denn je. Es ist unabdingbar, dass die nächste Bundesregierung für Klimagerechtigkeit und für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens kämpft. Wir wissen, dass wir die Klimakrise nicht aus der Opposition heraus aufhalten können. Deswegen haben wir in Brandenburg Regierungsverantwortung übernommen und sind dafür auch auf Bundesebene bereit. #mitdir kämpfen wir in Brandenburg für ein starkes bündnisgrünes Wahlergebnis im Bund! Packen wir es an!

Begründung

"Klimaziele" kann vieles bedeuten und vieles kann erreichbar sein, kommt halt drauf an, was man für Ziele hat. Wir müssen unsere Ziele konkret benennen! Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens! - das ist das Maß: Temperaturerhöhung möglichst auf 1.5 Grad über dem vorindustriellen Niveau begrenzen!

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Dale Nows (KV Potsdam); Antonia Baumgarten (KV Potsdam); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam); Isabell Knepper (KV Potsdam); Tammo Westphal (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Josepha Albrecht (KV Barnim)

Ä8 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 17:

Wir stehen vor der Herausforderung, einerseits bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, andererseits aber perspektivisch klimaneutral zu bauen und zu wohnen. Das muss kein Widerspruch sein. Dafür brauchen wir ressourcenschonendes Bauen und Sanieren, eine effiziente Wärmeversorgung und eine Bau- und Siedlungspolitik, die auf Entsiegelung statt auf Flächenfraß setzt. Im Fokus unserer Politik steht, vielfältige Lebensentwürfe auf dem Wohnungsmarkt abzubilden. Barrierefreies Wohnen und die soziale Gerechtigkeit sind stets mit einzubeziehen. Das bedeutet, genossenschaftliches, kommunales, gemeinschaftliches Wohnen sowie ebenso, wie Wohneigentum zu fördern.

Begründung

Beim Thema Wohnen ist der Sozial-Aspekt aus der Überschrift noch nicht deutlich genug im Text aufgenommen.

Unterstützer*innen

Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam); Josepha Albrecht (KV Barnim) ; Mara von Streit (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming)

Ä9 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 23 einfügen:

Wir unterstützen die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen, wenn dabei die Kriterien des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigt werden. Bürger*innenbeteiligung in der Planungsphase ist uns dabei wichtig. Die Anlagen als Ganzes und unter niedrig stehenden Solarmodulen muss eine für die Biodiversität förderliche Gestaltung vorweisen und der Erfolg dieser Maßnahmen überwacht werden. Große Chancen sehen wir in der Etablierung von Agri-PV-Freiflächenanlagen: So können die landwirtschaftliche Nutzung und die Energiegewinnung auf der gleichen Fläche kombiniert werden.

Begründung

Die Kriterien des Natur- und Landschaftsschutzes decken bislang nicht die Entwicklung ab, die durch die Anlagen auch positiv in die Zukunft wirken können. Nur mit richtiger Gestaltung des Gesamtareals solcher Anlagen können neue Oasen der Artenvielfalt entstehen und sich verdrängte Arten wieder ansiedeln.

Unterstützer*innen

Josepha Albrecht (KV Barnim); Mara von Streit (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam)

Ä11 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 26:

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Im Jahr 2023 beginnt eine neue Förderperiode der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Ob der Einstieg in einen Systemwechsel gelingt, wird jetzt entschieden. Deshalb setzt sich unser Klimaministerium auf europäischer und nationaler Ebene für eine ambitionierte Reformrunde ein. Denn mehr Arten-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz und ein gutes Einkommen für nachhaltig wirtschaftende Landwirt*innen stehen **sich nicht auf zwei unterschiedlichen Seiten der Medaille unüberbrückbar gegenüber**.. Vielmehr können sie Hand in Hand gehen, wenn in der Förderpolitik die richtigen Weichen gestellt werden.

Begründung

Passt vielleicht besser zum folgenden Hand in Hand, als das Medallienbild.

Unterstützer*innen

Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam); Mara von Streit (KV Potsdam); Josepha Albrecht (KV Barnim); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming)

Ä12 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 27 einfügen:

Wir setzen uns für eine klimagerechte Landnutzung und Tierhaltung in Brandenburg ein. Dazu wollen wir die Landwirt*innen bei dem Umstieg auf klimagerechte Landnutzung und Tierhaltung und bei der Anpassung an die zunehmende Trockenheit beraten und fördern.

Begründung

Oder soll die Beratung vornehmlich für die Landnutzung sein?

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Josepha Albrecht (KV Barnim); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam)

Ä13 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 31 einfügen:

Durch die Klimakrise wird es immer wichtiger, dass Brandenburg mit der Ressource Wasser auf nachhaltige Weise umgeht und die Grenzen der natürlichen Ressourcen respektiert. In den Sommermonaten der letzten Jahre war die Niedrigwassersituation in den meisten Flussgebieten Brandenburgs sehr angespannt. Dazu wurde vom Umweltministerium Anfang 2021 ein Niedrigwasserkonzept vorgestellt. Dieses gibt Antworten darauf, wie das Wasser u.a. besser in der Landschaft gehalten werden kann und wo die Entnahme von Wasser reduziert werden muss, beispielsweise für Bewässerungen in der Landwirtschaft oder den privaten Gebrauch.

Begründung

nur zur Verdeutlichung. So hat man gleich das Bild der riesigen Wasserfontänen über den Feldern im Kopf.

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Josepha Albrecht (KV Barnim); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam)

Ä14 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 38:

Entscheidend ist für uns nicht nur die Menge des Wassers, sondern auch die Wasserqualität. Durch die Tagebauseen darf es nicht zu Unmengen an Sulfatbelastung in den umliegenden Gewässern kommen. Es ist gut, dass die Wasserqualität im Cottbuser Ostsee regelmäßig durch Proben überwacht wird. **Diese Proben** Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen der Öffentlichkeit unverzüglich, fortlaufend und vollständig transparent zugänglich gemacht werden!

Begründung

Nicht die Proben, sondern die daraus resultierenden Ergebnisse ...

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam)

Ä15 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 41 einfügen:

Den Einsatz von PV-Anlagen auf dem Cottbuser Ostsee, unter Berücksichtigung des Tierschutzes, begrüßen wir ausdrücklich. Sie können nicht nur einen Beitrag zur geringeren Verdunstung leisten, sondern sind auch elementar wichtig für die Energiewende. Auch wenn der Cottbuser Ostsee aus Umwelt- und Klimagesichtspunkten kritisch zu betrachten ist, bietet er doch eine große Chance für die Region. Wir wollen die Umfeldentwicklung des Cottbuser Ostsees zu einem Modellprojekt von CO₂-Neutralität machen. Dabei könnten die schwimmenden PV-Anlagen ein Baustein sein, um das Gebiet autark und komplett mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Weitere wichtige Bausteine neben der regionalen CO₂-Neutralität sind für uns eine gute Anbindung mit der Bahn, sowie die Ansiedlung von innovativen Projekten, Instituten und Startups.

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam)

Ä16 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 41 einfügen:

Den Einsatz von PV-Anlagen auf dem Cottbuser Ostsee, unter Berücksichtigung des Tierschutzes, begrüßen wir ausdrücklich. Sie können nicht nur einen Beitrag zur Verdunstung leisten, sondern sind auch elementar wichtig für die Energiewende. Auch wenn der Cottbuser Ostsee aus Umwelt- und Klimagesichtspunkten kritisch zu betrachten ist, bietet er doch eine große Chance für die Region. Wir wollen die Umfeldentwicklung des Cottbuser Ostsees zu einem Modellprojekt von CO₂-Neutralität machen. Dabei könnten die schwimmenden PV-Anlagen ein Baustein sein, um das Gebiet autark und komplett mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Dabei muss eine Befreiung von der Netzaufgabe ermöglicht werden. Weitere wichtige Bausteine neben der regionalen CO₂-Neutralität sind für uns eine gute Anbindung mit der Bahn, sowie die Ansiedlung von innovativen Projekten, Instituten und Startups.

Begründung

Die Extrakosten der Netzaufgabe müssen für solche Direktversorgung entfallen. Ein Pilotprojekt in der Uckermark ist gerade beendet worden u nicht mehr rentabel.

Ä17 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 43:

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass in der Krise gemeinsam schnelle Lösungen gefunden werden können: Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde ein Virus so schnell entschlüsselt und ein Impfstoff gefunden. In einer gemeinsamen, solidarischen Kraftanstrengung kämpfen wir seit mehr als einem Jahr darum, dass Virus einzudämmen. Wir fordern, dass auch die Klimakrise endlich mit der gleichen Entschlossenheit und Konsequenz bekämpft wird! Alle Wiederaufbauhilfen zur Bewältigung der Folgen der Pandemie müssen deshalb auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Klimaschutzmaßnahmen bringen viele Chancen mit sich, auch in anderen Bereichen. Nutzen wir sie, um die Brandenburger Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsorientierter, nachhaltiger und ~~sozialer~~sozial gerechter zu gestalten!

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Josepha Albrecht (KV Barnim); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming);
Hanna Große Holtrup(KV Potsdam)

Ä18 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Clemens Wehr (KV Prignitz)

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 19 einfügen:

Die Frage des klimagerechten Wohnens geht immer Hand in Hand mit Fragen der Mobilität und der Flächenversiegelung. Ziel muss es sein, in unserer Siedlungsentwicklung das Konzept der Stadt der kurzen Wege und die Anbindung an den ÖPNV direkt mitzudenken. Im ländlichen Raum können durch Erneuerbare Energien gespeiste (Gemeinschafts-) e-Mobile auch längere Wege klimagerecht zurück gelegt werden. Soziale Daseinsvorsorge wohnortnah zu erhalten und zu schaffen ist nicht nur gelebter Klimaschutz, sondern auch ein feministisches Anliegen. Es sind immer noch Frauen, die den Großteil der Care-Arbeit leisten und auf kurze Wege angewiesen sind.

Begründung

In Dörfern zur Verfügung stehende e-Bikes und e-Autos könnten durch die vorhandenen Überkapazitäten der Wind- und Solarparks günstig geladen werden und eine Ergänzung zum ÖPNV bieten.

Unterstützer*innen

Mara von Streit (KV Potsdam); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Hanna Große Holtrup (KV Potsdam)

Ä23 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 47:

Die Klimaziele können wir nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Bundesregierung erreichen! Das ist heute klarer denn je. Es ist unabdingbar, dass die nächste Bundesregierung für Klimagerechtigkeit und für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens kämpft. Wir wissen, dass wir die Klimakrise ~~nicht~~weder aus der Opposition heraus aufhalten können, noch in einer Koalition mit der Union auf Bundesebene in ihrem aktuellen Zustand. Deswegen ~~haben~~kämpfen wir gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen für progressive Mehrheiten in der Gesellschaft und in den Parlamenten, um den Wandel zu einer ökologischen, solidarischen und feministischen Gesellschaft möglich zu machen. Wir haben in Brandenburg Regierungsverantwortung übernommen und sind dafür auch auf Bundesebene bereit. #mitdir kämpfen wir in Brandenburg für ein starkes bündnisgrünes Wahlergebnis im Bund! Packen wir es an!

Ä28 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 22:

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essentiell für den Klimaschutz. Der bundesweite Ausstieg aus der Kohle kommt viel zu spät. Die Bundesregierung hat den mühselig ausgehandelten Kohlekompromiss zu Lasten des Klimaschutzes ignoriert. Das Kohleausstiegsgesetz auf Bundesebene hat den Namen nicht verdient. Deswegen setzen wir Bündnisgrüne uns im Bund und in Brandenburg weiter für den schnellen und effizienten Ausbau der Erneuerbaren und für einen schnelleren Kohleausstieg ein. Wir haben bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Anteil an Photovoltaik-Flächen signifikant erhöht wird. Dafür sollen vor allem Dachflächen und anderweitig versiegelte Flächen - auch von landeseigenen Immobilien - genutzt werden, sodass dieses Potenzial möglichst vollständig ausgeschöpft werden kann. Wir streben zudem eine Solarpflicht auf allen dafür geeigneten Dächern an, ~~zumindest bei Neubauten~~.

Ä32 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUEGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 10 einfügen:

Im Bereich der Mobilität sind die Emissionen in Deutschland seit 30 Jahren nicht gesunken, obwohl klar ist, was zu tun ist: Wir brauchen einen Ausbau des Schienennetzes, mehr Bahnen, mehr ÖPNV, mehr Fahrradverkehr, bessere, barrierefreie und sicherere Fußwege und E-Mobilität – und deutlich weniger Autos mit Verbrennungsmotoren. In Brandenburg brauchte es die bündnisgrüne Regierungsbeteiligung, um endlich einen eigenen Haushaltstitel für Radverkehr zu schaffen. Allein 2021 investiert die Landesregierung nun 30 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen. Wir setzen uns für den Ausbau des Schienennetzes ein und haben das PlusBus-Netz deutlich erweitert. In der Verkehrswende stehen wir erst am Anfang des Weges in Brandenburg, aber wir haben noch viel vor!

Ä33 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 10 löschen:

Im Bereich der Mobilität sind die Emissionen in Deutschland seit 30 Jahren nicht gesunken, obwohl klar ist, was zu tun ist: Wir brauchen einen Ausbau des Schienennetzes, mehr Bahnen, mehr ÖPNV, mehr Fahrradverkehr und E-Mobilität – und deutlich weniger Autos ~~mit Verbrennungsmotoren~~. In Brandenburg brauchte es die bündnisgrüne Regierungsbeteiligung, um endlich einen eigenen Haushaltstitel für Radverkehr zu schaffen. Allein 2021 investiert die Landesregierung nun 30 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen. Wir setzen uns für den Ausbau des Schienennetzes ein und haben das PlusBus-Netz deutlich erweitert. In der Verkehrswende stehen wir erst am Anfang des Weges in Brandenburg, aber wir haben noch viel vor!

Ä34 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: Grüne Jugend

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 11:

Wir haben viel vor: Das gilt für alle Politikfelder. Nicht zuletzt unser Klimaschutzministerium hat in der kurzen Zeit bereits viele Prozesse angestoßen. Doch wir sind weiterhin erst am Anfang des langen Wegs hin ~~zur~~ zu einer sozial gerechten Klimaneutralität und konsequenten Emissionsreduzierung.

Ä36 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 10 einfügen:

Im Bereich der Mobilität sind die Emissionen in Deutschland seit 30 Jahren nicht gesunken, obwohl klar ist, was zu tun ist: Wir brauchen einen Ausbau des Schienennetzes, mehr Bahnen, mehr ÖPNV, mehr Fahrradverkehr und E-Mobilität – und deutlich weniger Autos mit Verbrennungsmotoren. Wir wollen Mobilität für Menschen ohne eigenes Auto ermöglichen und stärken. So verbinden wir den Anspruch auf "Mobilität für alle" mit konsequentem Klimaschutz. In Brandenburg brauchte es die bündnisgrüne Regierungsbeteiligung, um endlich einen eigenen Haushaltstitel für Radverkehr zu schaffen. Allein 2021 investiert die Landesregierung nun 30 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen. Wir setzen uns für den Ausbau des Schienennetzes ein und haben das PlusBus-Netz deutlich erweitert. In der Verkehrswende stehen wir erst am Anfang des Weges in Brandenburg, aber wir haben noch viel vor!

Ä38 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

In Zeile 17:

Wir stehen vor der Herausforderung, einerseits bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, andererseits aber perspektivisch klimaneutral zu bauen und zu wohnen. Das **mus**~~s~~**darf** kein Widerspruch sein. Dafür brauchen wir ressourcenschonendes Bauen und Sanieren, eine effiziente Wärmeversorgung und eine Bau- und Siedlungspolitik, die auf Entsiegelung statt auf Flächenfraß setzt. Im Fokus unserer Politik steht, vielfältige Lebensentwürfe auf dem Wohnungsmarkt abzubilden. Das bedeutet, genossenschaftliches, kommunales, gemeinschaftliches Wohnen sowie Wohneigentum zu fördern.

Ä41 Klimaschutz - Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben, wie es ist

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 09.04.2021

Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 13 bis 14:

Unser Ziel ist es, dass zwei Drittel aller Wege in Brandenburg zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden (können). Hierfür wollen wir den Anteil des Umweltverbunds bis 2035 verdoppeln und setzen uns für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik ein: ÖPNV und Rad- und Fußverkehr sind vorrangig zu betrachten - und nicht mehr, wie bisher, der motorisierte Individualverkehr. Damit schaffen wir mehr Lebensqualität für alle! Planungen dürfen nicht mehr ausschließlich aus der Perspektive von ~~Autofahrern~~Autofahrer:innen gemacht werden, sondern müssen endlich aus der Perspektive der Radfahrenden und Fußgänger*innen stattfinden. Klimagerechte Mobilität soll grundsätzlich Vorrang haben. Deswegen setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass die i2030-Projekte dieses Jahr weiter konkretisiert und weitere Umsetzungen beschlossen werden. Vorrang für den ÖPNV gilt auch konkret im Straßenverkehr. Daher wollen wir, dass an allen Knotenpunkten mit Lichtsignalanlagen in Brandenburgs Städten und Gemeinden sukzessive eine ÖPNV-Bevorrechtigung umgesetzt wird.

Ä43 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald)

Änderungsantrag zu L2

In Zeile 7:

- Kinder und Jugendliche sind von den langanhaltenden Corona-Maßnahmen besonders schwer betroffen. Daher ist es gut und richtig, dass Schulen und Kitas so lange wie möglich offen gehalten werden, auch aus sozialpolitischen Gründen. Dafür braucht es eine Testpflicht für Schüler*innen, Kitakinder, Lehrer*innen und Erzieher*innen. Das aktuelle Infektionsgeschehen zwingt uns aber, auch in den Kitas und Schulen restriktivere Maßnahmen zu ergreifen, denn Kinder sind durch die neuen Mutationen sehr viel stärker betroffen. Deswegen muss ab einer 7-Tage-Inzidenz von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner*innen in den Kitas und Schulen Wechselunterricht stattfinden. Die Präsenzpflicht in Schulen muss dann ausgesetzt werden ~~und eine Testpflicht für Schüler*innen, Kitakinder, Lehrer*innen und Erzieher*innen geben.~~ Schulen müssen vorübergehend gänzlich in den Distanzunterricht gehen, wenn es epidemologisch geboten ist.

Begründung

Ein sicherer Schulbetrieb ist auch unterhalb einer Inzidenz von 100 nur mit verpflichtenden Testungen möglich. Ansonsten sind lokale Ausbruchsgeschehen u. U. auch nicht bemerkbar, viel schwerer einzudämmen und kaum zu kontrollieren.

Unterstützer*innen

Oliver Gutperl (KV Teltow-Fläming); Susan Gutperl (KV Teltow-Fläming)

Ä45 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Frank Heinz Otto (KV Potsdam)

Änderungsantrag zu L2

Nach Zeile 20 einfügen:

Die psychosozialen Folgen der Pandemie stärker in den Blick nehmen – Hilfestrategien fördern, der Resignation entgegenzutreten In der Bekämpfung der Corona-Pandemie standen bisher die Inzidenzen, die Kapazität der Intensivbetten, die Todeszahlen und stehen jetzt vermehrt die Impf- und die Teststrategie im Vordergrund. Zunehmend werden die psychosozialen Folgen der Pandemie sichtbarer. Kinder, vor allem in belasteten Familien, reagieren mit Ängsten, Verhaltensproblemen und psychischen Problemen. Die Gewalt in den Familien nimmt zu. Auch Erwachsene, die von Aussichtslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, resignieren zunehmend. Besonders betroffen sind Menschen, die es ohnehin mit psychischen und gesundheitlichen Vorbelastungen zu tun haben. Der Bedarf an psychosoziale Unterstützung wächst. Die jetzt schon am stärksten belasteten Personengruppen zeigen an, es reicht nicht mehr aus, mit Verboten, Einschränkungen und Strafen ordnungspolitisch der Pandemie zu begegnen. So werden die Ängste oft noch befeuert. Wir brauchen einen Blick nach vorn, z.B. durch eine bessere Abstimmung in den Hilfesystemen und die geschützte Ermöglichung von Freiheiten durch Öffnungsstrategien, z.B. im Breitensport. Statt Furchtappelle sind gemeinsam auf Hoffnung ausgerichtete Hilfestrategien für alle zu entwickeln.

Begründung

Frank Otto / KV Potsdam Neuer Abschnitt, vielleicht zum Schluss als zusätzlicher Absatz oder an geeigneter Stelle integriert. Die psychosozialen Folgen werden an einzelnen Stellen erwähnt, mir wäre jedoch eine Heraushebung wichtig mit Blick nach vorn richtig.

Die psychosozialen Folgen der Pandemie stärker in den Blick nehmen – Hilfestrategien fördern, der Resignation entgegenzutreten

In der Bekämpfung der Corona-Pandemie standen bisher die Inzidenzen, die Kapazität der Intensivbetten, die Todeszahlen und stehen jetzt vermehrt die Impf- und die Teststrategie im Vordergrund. Zunehmend werden die psychosozialen Folgen der Pandemie sichtbarer. Kinder, vor allem in belasteten Familien, reagieren mit Ängsten, Verhaltensproblemen und psychischen Problemen. Die Gewalt in den Familien nimmt zu. Auch Erwachsene, die von Aussichtslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, resignieren zunehmend. Besonders betroffen sind Menschen, die es ohnehin mit psychischen und gesundheitlichen Vorbelastungen zu tun haben. Der Bedarf an psychosoziale Unterstützung wächst. Die jetzt schon am stärksten belasteten Personengruppen zeigen an, es reicht nicht mehr aus, mit Verboten, Einschränkungen und Strafen ordnungspolitisch der Pandemie zu begegnen. So werden die Ängste oft noch befeuert. Wir brauchen einen Blick nach vorn, z.B. durch eine bessere Abstimmung in den Hilfesystemen und die geschützte Ermöglichung von Freiheiten durch Öffnungsstrategien, z.B. im Breitensport. Statt Furchtappelle sind gemeinsam auf Hoffnung ausgerichtete Hilfestrategien für alle zu entwickeln.

Unterstützer*innen

Robert Sperfeld (KV Potsdam); Sebastian Helgenberger (KV Potsdam)

Ä46 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Alena Karaschinski (KV Frankfurt-Oder)

Änderungsantrag zu L2

In Zeile 9:

- Ein wichtiger Baustein zur Eindämmung der Pandemie ist konsequentes Testen. Dafür müssen die **Testregimes** Testmöglichkeiten stetig ausgeweitet werden. Es ist richtig, dass die Landesregierung eine Testpflicht für Schulen beschlossen hat. Diese muss auch auf Kitas und Unternehmen ausgeweitet werden, mit mindestens zwei Tests pro Woche. Die Kosten für die Tests dürfen dabei nicht bei den Beschäftigten und den Eltern liegen. Außerdem muss es grundsätzlich eine Verpflichtung zum Home-Office geben, sofern dem nicht arbeitsschutzrechtliche Regelungen entgegen stehen.

Begründung

Das Wort "Regime" wird zumeist abwertend genutzt oder für totalitäre, undemokratische Herrschaftsformen genutzt

Ä49 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Lydia Budiner (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu L2

In Zeile 5:

- Wir brauchen jetzt ~~einen~~keinen weiteren harten und ~~ausreichend~~-langen Lockdown - mit dem Ziel, Kontakte und Mobilität zu reduzieren, sondern konsequente Einhaltung der AHA+L Regeln und serologische Tests bei den Hausärzten, sowie Impfungen. Menschen mit ausreichend Antikörpern im serologischen Test könnten dann eine Bescheinigung bekommen und mit Hygienemaßnahmen wieder am Leben teilnehmen. Gleiches gilt für Genesene und Geimpfte. Gleichzeitig hätten wir einen wachsenden Erkenntnisgewinn zur Dunkelziffer und zu einer potentiellen Herdenimmunität bzw. zur Kalkulation, wann diese vermutlich erreicht sein könnte. So könnten wir das Infektionsgeschehen deutlich abzuflachen, um anschließend wieder abzuflachen und mittelfristig Perspektiven schaffen zu können. Die In der Zeit des Runterfahrens Testens soll auch dafür genutzt selbstverständlich weiter geimpft werden, um es sollen, bundesweit Impfkampagnen voranzutreiben vorangetrieben und mehr Impfstoff ~~zu beschaffen~~beschafft werden. Für uns steht der Schutz von Gesundheit und Leben an erster Stelle. Dieser Schutz kann nur erreicht werden, wenn es gelingt die Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern.

Begründung

ein weiterer Lockdown ohne Perspektiven und Lanzeitstrategie wird von der Bevölkerung nicht mehr mitgetragen - wir müssen Perspektiven und Lösungen aufzeigen statt so weiter zu machen wie bisher. Die nächsten Mutationen werden kommen, das weiss jede(r) Wissenschaftler(in) und es werden auch wieder Mutationen kommen, die sich nicht durch Impfungen verhindern lassen - deswegen müssen wir endlich wissen, wie lange Immunität überhaupt anhält und Leben ermöglichen, bevor das erste resistente Virus kommt.

Ä50 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Lydia Budiner (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu L2

Von Zeile 1 bis 2:

Seit über einem Jahr zwingt uns das Corona-Virus in einen neuen Alltag. Wir haben das Ziel eines "normalen" gesellschaftlichen Lebens fest vor Augen und wehren uns dabei sowohl gegen Ignoranz als auch Alarmismus. Nüchtern betrachtet ist die Situation heute eine ganz andere als noch vor wenigen Monaten. Auf 3.044.016 gemeldete Infektionen kommen 2.736.100 Genesene (ca. 3,3% der Bevölkerung), ferner sind 14.058.329 Personen mindestens einmal geimpft (5.186.135 Menschen sogar zwei Mal, d.h.6,2% der Bevölkerung), zudem zeigen Studien der RKI, dass die Dunkelziffer an Personen, bei denen serologisch Antikörper nachweisbar und somit immunisiert sind bei ca. 7,8% der Bevölkerung liegen- oder 6.487.003 Menschen. Insgesamt hat also fast jeder 5te bereits Kontakt mit dem Virus gehabt und weist ein Immunisierung auf. Wie lange die Immunisierung anhält ist derzeit für keine der Gruppen geklärt - hier benötigen wir zukünftig mehr Klarheit und das bedeutet, den breiten Einsatz bei Hausärzten von serologischen Tests in Ergänzung zu den Studien des RKI. Die Frage, wie weit wir von einer tatsächlichen Herdenimmunität entfernt sind steht immer dringlicher im Raum. Die neu aufgetretenen Mutationen sind ansteckender, gefährlicher und tödlicher als das Ursprungsvirus, sie verbreiten sich schneller. Laut RKI sind aktuell ca. 88% der Infektionen in Deutschland auf die erstmalig in Großbritannien entdeckte Variante B.1.1.7. zurückzuführen. Das ist einerseits besorgniserregend und andererseits zwingt es uns dazu, unsere Reaktionen auf die Pandemie anzupassen zu überdenken. Lange haben wir nur auf Lockdown gesetzt, ohne ausreichend zu würdigen, dass die meisten Infektionen nicht durch einen Restaurantbesuch, oder den Einkauf im Einzelhandel (ja nicht einmal im dicht gedrängten Supermarkt!) sondern durch private Zusammenkünfte auftreten. Wir haben zudem die Bürger und Bürgerinnen mit unklaren Anweisungen immer wieder verwirrt - Supermarkt eng gedrängt geht - Besuch des Schuhladens als einzige Kundin nicht; Friseurbesuch geht, Kosmetikerin nicht usw. Wir können nur dann Perspektiven aufzeigen, wenn wir konsequent handeln und klar und nachhaltig kommunizieren. Daher ist ein Stufenplan mit Perspektive wichtig. Mit eindeutig definierten Schritten.[Zeilenumbruch]

Begründung

Schon heute sind Menschen gegen das Corona-Virus immunisiert. Das betrifft einerseits einen Großteil der Menschen, die an das RKI als erkrankt gemeldet wurden, d.h. **3.044.016** Menschen bzw. **2.736.100 Genesene (3,3%) in Deutschland**. Hinzu kommen noch die 14.058.329 Geimpften (davon **8.872.224** mit einer und **5.186.135, d.h. 6,2% der Gesamtbevölkerung** mit zwei Impfungen). Die SeBluCo- Studie des RKI hat bei Blutspendern zudem gezeigt, dass die Seroprävalenz (Nachweisbarkeit der Antikörper gegen SARS-Cov-2 im Blut), **im März 2021 bei insgesamt 7,8 %** lag. Allein wenn man diese Gruppen addiert: Genesene, Geimpfte und „Gesunde“ mit Seroprävalenz, ergibt sich bei 83.166.711 EinwohnerInnen ein Anteil von mindestens 17% Immunisierten. Niemand weiss jedoch, wieviele Menschen tatsächlich bereits immunisiert sind. Von einer Herdenimmunsierung würde man sprechen, wenn ca. 60-70% der Bevölkerung eine positive Seroprävalenz zeigten – wie weit sind wir davon noch entfernt?

Ä52 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Lydia Budiner (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu L2

In Zeile 7 einfügen:

- Kinder und Jugendliche sind von den langanhaltenden Corona-Maßnahmen besonders schwer betroffen. Daher ist es gut und richtig, dass Schulen und Kitas so lange wie möglich offen gehalten werden, auch aus sozialpolitischen Gründen. Das aktuelle Infektionsgeschehen zwingt uns aber, auch in den Kitas und Schulen restriktivere Maßnahmen zu ergreifen, denn Kinder sind durch die neuen Mutationen sehr viel stärker betroffen. Auch deswegen sollte gerade bei Kindern eine serologische Testung frühzeitig erfolgen. sind genügend Antikörper vorhanden, könnten dauerhaft Gruppen entsprechend zusammengestellt werden. Für die anderen Kinder gälte dann das nachfolgende: Deswegen muss ab einer 7-Tage-Inzidenz von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner*innen in den Kitas und Schulen Wechselunterricht stattfinden. Die Präsenzpflcht in Schulen muss dann ausgesetzt werden und eine Testpflicht für Schüler*innen, Kitakinder, Lehrer*innen und Erzieher*innen geben. Schulen müssen vorübergehend gänzlich in den Distanzunterricht gehen, wenn es epidemiologisch geboten ist.

Ä53 Corona - Perspektiven brauchen Konsequenz (vorbehaltlich Zustimmung Dringlichkeit)

Antragsteller*in: Lydia Budiner (KV Oberhavel)

Änderungsantrag zu L2

In Zeile 9 einfügen:

- Ein wichtiger Baustein zur Eindämmung der Pandemie ist konsequentes Testen. Dafür müssen die Testregimes stetig ausgeweitet werden. Es ist richtig, dass die Landesregierung eine Testpflicht für Schulen beschlossen hat. Diese muss auch auf Kitas und Unternehmen und serologische Tests ausgeweitet werden, mit mindestens zwei Tests pro Woche oder einem serologischen TEst pro Monat/Quartal. Die Kosten für die Tests dürfen dabei nicht bei den Beschäftigten und den Eltern liegen. Außerdem muss es grundsätzlich eine Verpflichtung zum Home-Office geben, sofern dem nicht arbeitsschutzrechtliche Regelungen entgegen stehen.

Begründung

SeBluCo- [Studie](#) des RKI hat bei Blutspendern gezeigt, dass die Seroprävalenz (Nachweisbarkeit der Antikörper gegen SARS-Cov-2 im Blut), **im März 2021 bei insgesamt 7,8 %** lag. Allein wenn man diese Gruppen addiert: Genesene, Geimpfte und „Gesunde“ mit Seroprävalenz, ergibt sich bei 83.166.711 EinwohnerInnen ein Anteil von mindestens 17% Immunisierten. Niemand weiss jedoch, wieviele Menschen tatsächlich bereits immunisiert sind. Von einer Herdenimmunsierung würde man sprechen, wenn ca. 60-70% der Bevölkerung eine positive Seroprävalenz zeigten – wie weit sind wir davon noch entfernt? Es könnte sein, dass bereits deutlich mehr Menschen immunisiert sind. Das herauszufinden, wäre hilfreich, um die nächsten Schritte in einer Zukunft mit Corona planen zu können.

- – **Die Erfassung des Anteils der Bevölkerung, der bereits Kontakt zu SARS-CoV-2 hatte, ist wichtig, um den weiteren Verlauf der Epidemie in Deutschland abzuschätzen und Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz zu planen, schreibt das RKI.**

Wie jedoch sollte man diese Daten erhalten? Serologische Tests bieten die Möglichkeit zur Identifikation der Patienten, die Kontakt mit dem Virus hatten und eine Immunreaktion auf den SARS-Co-V2 (Auslöser von COVID-19) entwickelt haben. Wie in der o.g. Studie des RKI bei Blutspendern, könnte man in der gesamten Bevölkerung über die Hausärzte die Seroprävalenz feststellen. Diese kann frühestens 3 Wochen NACH einer durchgemachten Infektion festgestellt werden, da es etwas Zeit braucht, bis sich genügend Antikörper gebildet haben. Der Test kann also keine Infektiosität feststellen, sondern allein eine durchgemachte Erkrankung und damit einhergehend eine Immunität. Die Daten müssten an das RKI gemeldet werden, gleichzeitig könnte man Menschen mit Antikörpern z.B. nur monatlich oder einmal im Quartal testen, und diesen Sonderrechte einräumen, wie auch Geimpften und Genesenen. Mit entsprechenden Hygienekonzepten könnten Restaurants und Geschäfte wieder öffnen und diesen Menschen Zugang gewähren. Schritt für Schritt könnte weitere Einrichtungen mit Hygienekonzepten öffnen. Mit zunehmendem Anteil der Geimpften und Genesenen bzw. Seropositiven könnte so eine schrittweise Annäherung an Normalität erfolgen. Zudem würden wir Erkenntnisse dazu gewinnen, wie lange eine Immunisierung anhält und ob Sie gar von Dauer ist bzw. welche Faktoren eine dauerhafte Immunisierung evtl. behindern.